

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschiff: Tagesblatt Rijsa.
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Rijsa, des Finanzamts Rijsa und des Hauptzollamts Rijsa.

Postkontofoto: Dresden 1530
Groschstraße Rijsa Nr. 52.

Nr. 285.

Mittwoch, 8. Dezember 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder zum Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisveränderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 5 mm hohe Druckzeile (6 Stellen) 20 Gold-Pfennige; bis 89 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Semitäglicher Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontofug gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rijsa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinigungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Rijsa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rijsa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rijsa.

Die Halle.

Eine zum Gebeh gewordene Begleiterscheinung: stets, wenn Deutschland und seine ehemaligen Ententegegner sich an einem Konferenzisch zusammensetzen, um über die Belebung des europäischen Lebens zu beraten, erscheint irgendwo, aber immer zum selben Augenblick, Herr Tschischerin, um der Welt irgend etwas, was nach seiner Ansicht sehr wichtig ist, zu sagen. Meistens ist Herr Tschischerin in solchen Konferenztagen schwer krank. Was ihn verkränkt, um Ausfrierung seiner Krankheit ist in unmittelbarer Nähe von Berlin anzubalden. Werlehen vor einigen Tagen die deutschen Delegierten für Genf die Reichshauptstadt, so erschien im selben Augenblick in Berlin der russische Außenminister „Frankfort-Balber“, wie er früherer Tage in London. Diese merkwürdige Krankheit des Herrn Tschischerin ist anscheinend mit einem starken Mittelungsdruck verknüpft. Es gibt hieße Minder, die behaupten, daß diese Erklärungen Tschischerins einem ganz niederträchtigen Hintergedanken entsprängen. So aus der Absicht, einen nicht mißzuverstehenden, derben und wohlgezielten Knüttel den Deutschen vor die Füße zu werfen, die jetzt mit so erweiterter Miene und so genugvoll gekrauteten Stimmungen die Weltöffentlichkeit zu bereinigen hoffen. Wenn auch dieser diplomatische Klatsch, der sich um die Beside Tschischerins rankt, vielleicht nicht ganz ohne feste Untergründe ist, so wäre es doch verfehlt, anzunehmen, daß es lediglich Streitsucht oder bolschewistische Räntepropaganda wären, die diese zur Gewohnheit gewordenen Deutschlandreisen des russischen Außenministers bedingten. Durchschlägt man die genau formulierten Erklärungen, die Herr Tschischerin in diesen Tagen den Pressevertretern der Reichshauptstadt übermittelte, so kann man eher feststellen, daß es mehr sehr tiefe Befürchtungen, ja gerade Angst ist, die den russischen Außenminister zu seiner Berliner Rede veranlaßte. Die Beurteilung, daß durch eine vielleicht doch Wirklichkeit werdende Einigung der Vornachbarreicher Deutschland in die Reihe derjenigen gezogen würde, die in dem Staatssystem, die die Sowjetunion umfaßt, also in dem heutigen Rußland, den gefährlichsten Feind Europas erblicken. Die Einigung Deutschlands mit der früheren Entente, die eine Verständigung mit Völen einschließt, das ist der Kern des Angstmomentes in den Worten Tschischerins. Die Möglichkeit einer Einigung Deutschlands mit Völen auf Kosten Rußlands, garantiert durch die Macht der am Vornachbarreich beteiligten Nationen — das wird es wohl in der Hauptsache sein, was den Anlaß zu der immerhin sehr beachtenswerten und auch inhaltlich sehr interessanten Berliner Rede des russischen Außenministers gab. Moskau will die guten Beziehungen, die es in den letzten Jahren mit dem deutschen Reich aufknüpfen verstanden, nicht zum Abreißen kommen lassen. In der richtigen Erkenntnis, daß wirtschaftliche Notwendigkeiten ein friedliches Zusammenarbeiten dieser beiden großen Völker bedingen, aber auch in der Gewißheit, daß durch eine Entfremdung der beiden Nationen die gefährliche Isolierung Rußlands innerhalb der europäischen Politik perfekt wäre. In Rußland streiten sich zwei Seelen. Die eine ist durchpakt von der Weltanschauung und dem Dogma Allen, die andere wurzelt in der europäischen Kultur, in den Gedankenengängen, die die Welt des alten Kontinents aufbauten. Dieser innere Riß in dem Bewußtsein des russischen Volkes kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Politik der augenblicklichen Gewalthaber des Landes bleiben. Odeßta und Berlin bemerken, daß Rußland weder die europäische Idee noch den Gedanken eines Panaleus aufzugeben gedenkt. Das ist immerhin ein wertvolles Einverständnis, das verdient, sorgsam beachtet zu werden.

Im übrigen war die Rede Tschischerins eine schroffe Kampfanlage an den Völkerbund und eine Belundung der tiefsten Begenheit zum großbritannischen Imperium und seiner Weltökonomiepolitik. Rußland denkt nicht daran, in den Völkerbund einzutreten. In einer Mitgliedschaft zur Genfer Institution erblickt Tschischerin keine Erhöhung der Starkerheit, sondern eine Verminderung derselben, keine Verminderung der Isolierung, sondern eine größere Abhängigkeit von anderen: „In diese Falle wird sich die Sowjetunion nicht locken lassen.“ Daß diese Worte Tschischerins nicht ohne Anspielung auf den Völkerbundseintritt Deutschlands sind, kann man annehmen. Ein Hinweis auf die enttäuschenden Wirkungen der deutschen Bereitwilligkeit, die das Reich in eine Falle lockte, in der es nun festhilt. Gleichzeitig aber auch eine leise Andeutung an dieses Reich, wie es vielleicht doch aus dem goldenen Käfig, in den es freiwillig eintrat, wieder herausstreiten könnte. Das deutsche Volk ist in den letzten Jahren genügend politisch schlucht worden, um das Unwahrscheinliche dieser Sirenenstimmen zu erkennen, das Gefährliche, wenn es bereit wäre, diesen Lockungen ein allzu starkes Gehör zu leihen. Immerhin, auch in Paris und London wird man diese Rede Tschischerins lesen. Ihre tieferer Sinn kann dort nicht verborgen bleiben. Vielleicht läßt sie daher doch einen reinigenden Einfluß aus. Die Erkenntnis, daß man dem Verzweiflungskampf eines Völes Rechnung tragen muß, wenn man dieses Volk nicht zu einer Desperado-Politik treiben will.

150 Millionen-Anleihe der Stadt Berlin.

* Berlin. In der außerordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde gestern in später Abendkunde ein deutschnationaler Antrag einstimmig angenommen, der dahin geht, den Magistrat zu ersuchen, eine Anleihe von 150 Millionen Mk. aufzunehmen, und damit 13 500 Wohnungen herzustellen und andere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

Zuspitzung der innerpolitischen Lage?

Spannung zwischen Volkspartei und E. V. D.

Der Brief des Abgeordneten Scholz.

Die Rede des deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Dr. Scholz in Königsberg hat in den Reihen der sozialdemokratischen Partei eine Aufregung ausgelöst, die im Hinblick zu den letzten Vorgängen im Reichstag doppelt erstaunlich ist. Denn wenn der Abgeordnete Scholz in seinen Ausführungen sich sehr festlich über die Möglichkeit eines weiteren Zusammenarbeitens der Regierungsopposition mit den Sozialdemokraten ausgesprochen, so knüpfte die Bedenken, denen er Ausdruck gab, sich wohl in der Hauptsache an die Vorgänge an, die im Zusammenhang mit der Aussprache über den Gelehtentwurf gegen Schmutz und Schand im Reichstag sich abspielte haben. In ihrer Beschwerde, die die Sozialdemokraten dem Reichstagspräsidenten übermittelten, behauptet die Fraktion, in sozialdemokratischen Kreisen sehe man diese Rede des Abgeordneten Scholz als eine Provokation der sozialdemokratischen Partei an, als eine offene Kriegs-erklärung an die Sozialdemokraten, ein Vorgehen, das mit gewissen Vereinbarungen über eine sogenannte stille Koalition zwischen der Sozialdemokratie und dem Reichstagspräsidenten nicht im Einklang zu bringen wäre. Man wird auch beim besten Willen nicht ganz diesen sozialdemokratischen Bedenken folgen können. Ihre Beschwerde an Dr. Marx läßt auf dem Begriff der „stillen Koalition“ auf einen Begriff, der sich bei der ersten Gelegenheit als gar nicht vorhanden erwies. Die Sozialdemokraten haben nicht nur bei der Behandlung des Gelehtentwurfes gegen den Schmutz und Schand zu erkennen gegeben, daß sie gewillt sind, in scharfer Opposition gegen die Erkenntnis innerhalb der Regierungskoalition zu treten. Auch ihre programmatischen Erklärungen über ihre Stellungnahme zu den kommenden Gelehtentwürfen, wie Arbeitszeitgesetz, Reform der Ehegesetzen, Reichswehrreform, lassen keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie entschlossen ist, auch weiterhin in ihrer Oppositionsstellung zu verharren. Wie sie daher in ihrer Beschwerde an den Reichstagspräsidenten auch weiterhin noch von dem Vorhandensein einer „stillen Koalition“ sprechen können, ist uns unverständlich. Sie selbst haben sich keineswegs der Erkenntnis verschlossen, daß es eine unbedingt zu erfüllende Notwendigkeit wäre, jetzt die bisher so demotornen Mehrheitsverhältnisse einzutauschen und entgegenzutreten. Ihr eigenes Verhalten mußte und hat auch schließlich große Schritte der augenblicklichen Regierungskoalition zu der Heberzeugung geführt, daß angesichts des Verhaltens der sozialdemokratischen Fraktion zu den vitalsten Problemen innerpolitischer Natur eine Anlehnung der Regierung an die Sozialdemokratie unmöglich ist. Die logische Folgerung aus dieser Erkenntnis liegt klar auf der Hand.

Wenn man nun einmal ein klares Mehrheitsverhältnis schaffen will und eingesehen hat, daß die Erweiterung der Regierungsgrundlage nach links unmöglich ist, so wird man halt seine Hilfe nach rechts richten müssen. Was der Herr Abgeordnete Scholz in seiner Königsberger Rede sagte, war etwas, was wirklich nicht Berechtigung für ein allzu großes Entzinnen geben dürfte. Er sprach eine logische Folgerung aus. Daß diese Folgerung gezogen werden mußte, das haben die Sozialdemokraten jetzt mit sich selbst auszumachen. In seiner näheren Erklärung, die der Abgeordnete Scholz auf Grund der sozialdemokratischen Aufregung seiner Königsberger Rede abgab, weist er im übrigen die Vornahme, die von sozialdemokratischer Seite erhoben werden, aufs Schlagkräftigste zurück.

Die Deutsche Volkspartei ist selbstverständlich nach wie vor bereit, über die Möglichkeit der Verwirklichung der großen Koalition weiter zu verhandeln. Ihre grundsätzliche Auffassung über die Voraussetzungen und durch den Fraktionsbeschluss vom 12. Januar 1923 festgelegt, an dessen Grundlagern sich nichts geändert hat. Wenn der Abgeordnete Scholz persönlich die Aussichten einer etwaigen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unter den augenblicklichen Umständen skeptisch beurteilt, so kann man ihm diese persönliche Ansicht, die sich übrigens mit der Auffassung wohl des größten Teils der Fraktion der deutschen Volkspartei decken dürfte, nicht weiter übernehmen. Am wenigsten aber die Sozialdemokraten, die ja erst durch ihr merkwürdiges Verhalten in den letzten Wochen gezeigt haben, daß ihnen in Wirklichkeit an einem tatkräftigen und gedeihlichen Zusammenarbeiten mit der bürgerlichen Regierungskoalition nicht viel gelegen ist.

Eine Erklärung von Dr. Scholz.

* Königsberg, 7. Dez. Veranlaßt durch die Auslegung der „Vorwärts“ einem Bericht über die Interburger Rede des Reichsministers a. D. Dr. Scholz gegeben hat, äußerte sich Dr. Scholz auf Anfrage der Redaktion der Königsberger Allgemeinen Zeitung folgendermaßen: Die Erregung sozialdemokratischer Kreise über meine im engeren Kreise der Vertrauensmänner meiner Partei in meinem Wahlkreis gemachten Ausführungen zur Frage der Regierungsbildung ist mir umso unverständlich, als ich an der Spitze dieses Parteiparlament ausdrücklich betont

habe, daß die Deutsche Volkspartei entsprechend ihrer bisherigen Haltung auch zu Verhandlungen über die Große Koalition durchaus bereit ist. Die grundsätzliche Auffassung der Deutschen Volkspartei über die Frage der Regierungsabteilung ist in dem allgemein bekannten Fraktionsbeschluss vom 12. Januar 1923 festgelegt, an dessen Grundlagern sich nichts geändert hat. Daß ich persönlich die Aussichten einer etwaigen taktischen Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie unter den augenblicklichen Umständen skeptisch beurteile, das anzusprechen, ist mein gutes Recht, das mir wohl nicht bestritten werden kann.

Die Entschließung der deutschen Volkspartei vom 12. Januar 1923.

Berlin, 7. Dez. Der Parteibeschluss, auf den sich der Abgeordnete Scholz in einer Erklärung bezog, hatte folgenden Wortlaut:

Ziel deutscher Innenpolitik muß die Volksgemeinschaft sein. Sie ist den Ausgleich der politischen und gesellschaftlichen Gegensätze und die Zusammenfassung aller Kräfte zur Erreichung äußerer Freiheit sowie innerer Ordnung und Gerechtigkeit voraus. Sie bedeutet deshalb im Grunde dasselbe wie nationale Einheit. Die sogenannte Große Koalition war nach nicht die Erreichung, wohl aber ein Weg zu diesem Ziel. Das taktische Zusammengehen mit der Sozialdemokratie wurde von der Reichstagsopposition in ihrer Heidelberger Erklärung im September 1921 grundsätzlich antagehoben. Am 12. August 1923 wurde die Große Koalition dementsprechend Grundlage für das Kabinett Stresemann. Sie ist am 7. November 1923 gescheitert, nachdem die Vereinigte sozialdemokratische Partei ein Vertrauensvotum gegen das Kabinett Stresemann eingebracht hatte, weil sie sich den Maßnahmen zur Wiederherstellung der inneren Ordnung und zur wirtschaftlichen Gesundung des Reiches widersetzte. Die E. V. D., die seit der Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Partei unter dem Einfluß des radikalen linken Flügels geraten war, hat nicht die Kraft aufgebracht, von sich aus die Verbindung der Partei in einzelnen Landesteilen mit der kommunistischen Partei zu lösen, durch diese Politik die wirtschaftlichen und staatlichen Notwendigkeiten einseitiger parteipolitischer Einstellung geopfert, und damit den Beweis erbracht, daß mit ihr in der jetzigen Zusammenlegung und bei ihrer Abhängigkeit von dem Radikalismus im eigenen Lager tragbare Reichspolitik nicht getrieben und das Ziel der Volksgemeinschaft nicht erreicht werden kann. Das taktische Zusammengehen mit der Sozialdemokratie hat übrigens niemals etwas geändert an der grundsätzlichen Einstellung der Partei auf Bekämpfung der Sozialdemokratie, eine Bekämpfung, die den Grundlagern des Parteiprogramms der Deutschen Volkspartei entspricht. Nachdem die Große Koalition im Reich durch die Politik der E. V. D. zerstückelt worden ist, erwacht der Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei die Aufgabe, an der Bildung einer tragfähigen bürgerlichen Koalition zu arbeiten. Die Deutsche Volkspartei ist berufen, Mittelpunkt der Sammlung aller kraftbetriebsfähigen bürgerlichen Kräfte zu sein, betrachtet aber auch die hierdurch angestrebte Entwicklung nur als eine Etappe auf dem Wege zur Volksgemeinschaft, wie auch die Große Koalition ein Weg zu diesem Ziel gewesen ist. Eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte legt die unbedingte Anerkennung des Grundgesetzes voraus, das Veränderungen der deutschen Reichsverfassung nur auf verfassungsmäßigem Wege möglich sind, und erfordert das Bekenntnis zur positiven Mitarbeit am Staate sowie die Aufgabe jeder lediglich negativen, zerstörenden Kritik und einer die Idee der Volksgemeinschaft ausschließenden Art der Agitation.

Scheidemann

über die Haltung der Sozialdemokratie.

* München. In einer Versammlung der Münchner Sozialdemokratischen Partei betonte Reichstagsabgeordneter Scheidemann in einer Rede, daß die Sozialdemokratie als Volkspartei die grundsätzliche Forderung der Beteiligung nicht nur an der Regierung der Länder sondern auch an der Reichsregierung erhebe. Er wandte sich Scheidemann gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Scholz wegen seiner Interburger Rede und erklärte, die Sozialdemokratie habe die bisherige Regierung toleriert und mit ihr Tuschelung genommen. Wenn die Deutsche Volkspartei nicht von den Erklärungen des Abgeordneten Scholz abrücke, sei es mit der Tolerierung und der Tuschelung vorbei. Dann würde die Sozialdemokratie wieder frei sein zum Kampf gegen die Regierung. Die Sozialdemokratie sei zur Mitarbeit an der Regierung bereit, aber auch zum äußersten Kampfe entschlossen.

Finanzministerkonferenz in Berlin.

* Berlin. (Hauptstadt.) Heute vormittag 10 Uhr traten die Finanzminister der Länder zu einer Konferenz zusammen, die sich mit dem Gehe zur Ubergangsregierung der Finanzminister beschäftigt.